Ä1 Wahlprogrammkapitel: Freiheit, Sicherheit und Demokratie

Antragsteller*in: Jan Philippi (OV Ottweiler)

Änderungsantrag zu WP 4

Von Zeile 157 bis 159:
Anforderungen an seine Rechtfertigung und Kontrolle sein. Wir lehnen den Einsatz ~~der Analysesoftware~~ von ~~Palantir~~Analyse- und Data Mining Software in saarländischen Behörden ab. Das Saarland muss die Rechte der Bürger:innen auch im digitalen Raum konsequent schützen.

Begründung

"von Palantir" erlaubt Alternativen, die in ihrer Funktionsweise ähnlich sind, aber nicht von Palantir stammen.

Das führt zu Alternativen, deren Einsatz genauso problematisch für die Rechte der Bürger*innen ist. Peter Thiel und die USA außen vor zu lassen, ist nicht genug. Die Achtung unserer Grundrechte erfordert auch mit Grundrechten vereinbare Lösungen (nicht zwangsweise technischer Natur).

Eine Software gegen eine andere Software zu tauschen, ändert nicht den Ansatz der Aufweichung der Zweckbindung bereits erhobener und zukünftiger Daten. Rücksichtloser Umgang mit sensiblen Daten führt zwangsläufig zu Missbrauch (wie Identitätsdiebstahl, Stalking oder Schlimmerem), aber mindestens zu schwerwiegendem Misstrauen der Bürger*innen gegen die staatliche Handhabe ihrer sensiblen Daten.

Eine klare Formulierung, ohne die explizite Nennung Palantirs als Feature-Maßstab, löst diesen Konflikt auf und ist sowohl ein Bekenntnis gegen Tech Solutionism & gegen die Übertragung staatlicher Souveränität an private Firmen, als auch ein Bekenntnis zu unserem Grünen Grundsatzprogramm:

> 290) Es braucht eine faktenbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik, die über Polizei und Justiz hinausgeht, die Wert auf Prävention und Hilfsangebote legt, die soziale Infrastruktur sowie Stadt- und Raumplanung einbezieht und gegenseitige Rücksichtnahme fördert. Der notwendige Umbau der Sicherheitsarchitektur gewährleistet bessere Koordination und klare Verantwortlichkeiten. Staatliche Eingriffsmaßnahmen müssen zielgerichtet und verhältnismäßig sein. „Privacy by design“, Transparenz und effektiver Rechtsschutz sichern die Rechte der Bürger*innen. Anlasslose Massendatenspeicherungen wie auch unzulässige Eingriffe in die Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen untergraben umfassend Grundrechte und sind der falsche politische Weg.

// Grundsatzprogramm, Seite 81

Unterstützer*innen

Margret Stragand (KV Neunkirchen); Maike Raunen (KV Neunkirchen); Marie-Louise Herber (KV Neunkirchen); Sebastian Rheinemann (KV Neunkirchen); Corina Scherer (KV Neunkirchen/Saar); Steffen Holzer (KV Neunkirchen); Astrid Hilt (Kirkel)